

27.10.03

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zur 5. WTO- Ministerkonferenz in Cancún

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 205203 - vom 23. Oktober 2003. Das Europäische Parlament hat die
EntschlieÙung in der Sitzung am 25. September 2003 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zur 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 3. Juli 2003 zur Vorbereitung der Fünften WTO-Ministerkonferenz in Cancún¹,
 - unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 18. November 1999 zu der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Konzept der Europäischen Union für die WTO-Jahrtausendrunde², vom 15. Dezember 1999 zu der Dritten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle³ und vom 13. März 2001 mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments zu den WTO-Verhandlungen im Rahmen der „built-in“-Agenda⁴,
 - in Kenntnis der am 14. November 2001 in Doha angenommenen Erklärung der Vierten WTO-Ministerkonferenz sowie unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. Dezember 2001 zur WTO-Konferenz in Qatar⁵,
 - unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 12. März 2003 zu dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der WTO, einschließlich der kulturellen Vielfalt⁶, vom 12. Februar 2003 zu den WTO-Verhandlungen im Bereich des Agrarhandels⁷, vom 4. Juli 2002 zu der Mitteilung der Kommission "Förderung der grundlegenden Arbeitsnormen und sozialere Ausrichtung der Politik im Kontext der Globalisierung⁸ und vom 25. Oktober 2001 zu Offenheit und Demokratie im Welthandel⁹,
1. bedauert, dass die WTO-Mitglieder die Gelegenheit versäumt haben, die Doha-Entwicklungsagenda umzusetzen und einen Rahmen für ihren Abschluss bis 2004 zu schaffen; fürchtet, dass sich dies zum Nachteil der Weltwirtschaft und nicht zuletzt zum Nachteil der Entwicklungsländer auswirken wird; betont jedoch, dass die Doha-Entwicklungsrunde weitergeht, und bekräftigt, dass das Angebot, das die Europäische Union in den Verhandlungen unterbreitet hat, nach wie vor gilt;
 2. begrüßt den neuen Grad der Organisation und das Selbstbewusstsein der

¹ P5_TA(2003)0336.

² ABl. C 189 vom 7.7.2000, S. 213.

³ ABl. C 296 vom 18.10.2000, S. 121.

⁴ ABl. C 343 vom 5.12.2001, S. 96.

⁵ ABl. C 177 E vom 25. 7. 2002, S. 290.

⁶ P5_TA(2003)0087.

⁷ P5_TA(2003)0053.

⁸ P5_TA(2002)0374.

⁹ ABl. C 112 E vom 9.5.2002, S. 326.

Entwicklungsländer, wodurch sich die Aussicht auf das Entstehen einer neuen und gerechteren Weltordnung bietet und durch die Bildung weniger Verhandlungsblöcke möglicherweise eine Einigung unter den 148 WTO-Mitgliedern erleichtert wird;

3. ist der Auffassung, dass in Cancún eine Einigung greifbar nahe war, die für entwickelte Länder und Entwicklungsländer sowie für die am wenigsten entwickelten Länder Vorteile gebracht hätte, und zwar durch die Verringerung und Beseitigung von handelsverzerrenden Agrarsubventionen, gerechteren Zugang zu Industrie-, Agrar- und Dienstleistungsmärkten sowie Fortschritte bei multilateralen Regeln, um gleiche Bedingungen für alle zu gewährleisten und die Berücksichtigung nichthandelsbezogener Belange wie z.B. Umwelt- und Nahrungsmittelsicherheitsnormen zu garantieren;
4. spricht sich nach wie vor ausdrücklich für multilaterale Handelsabkommen aus, die das beste Instrument für die Förderung eines freien und fairen Handels zum Nutzen aller darstellen, nicht zuletzt für die Entwicklungsländer; warnt die WTO-Mitglieder vor den Gefahren, die eine unilaterale Handelspolitik für Entwicklungsländer und insbesondere weniger entwickelte Länder birgt; bekräftigt deshalb, dass es entschlossen für das offene und liberale multilaterale Handelssystem der WTO eintritt; fordert die Vereinigten Staaten auf, sich der Europäischen Union und ihren Bemühungen zur Rettung des multilateralen Ansatzes in der internationalen Handelspolitik anzuschließen;
5. betont, dass nun vertrauensbildende Maßnahmen notwendig sind, um die Verhandlungen wiederzubeleben; fordert die WTO deshalb auf, die beschlossenen Maßnahmen betreffend „Umsetzungsfragen“ durchzuführen und rechtzeitig eine Einigung über die verbleibenden Themen zu erzielen; ist der Auffassung, dass der Doha-Runde durch die Einberufung einer besonderen Ministerkonferenz Anfang 2004, deren Aufgabe die Förderung der Umsetzung der Doha-Entwicklungsagenda ist, dringend neue Impulse gegeben werden müssen, um einem Abgleiten in den Bilateralismus zuvorzukommen; fordert die Kommission auf, bald eine diesbezügliche Initiative zu ergreifen;
6. ist ferner der Auffassung, dass die Erfahrungen von Cancún zeigen, dass sowohl die WTO selbst als auch ihre Stellung im breiteren Rahmen des weltweiten Regierens (global governance) grundlegend reformiert werden müssen;
7. ist der Auffassung, dass eine Reform der WTO-Regeln sowie ihrer Arbeitsmethoden und Entscheidungsverfahren notwendig ist, um eine effizientere, auf Regeln basierende, offene und nichtdiskriminierende Organisation zu schaffen; fordert die Kommission auf, nach Konsultation mit dem Parlament diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten;
8. stellt ferner fest, dass in Cancún die Schwierigkeiten deutlich wurden, ausschließlich im Rahmen der WTO Lösungen für die Probleme der armen Länder zu finden, um die vorübergehenden Auswirkungen der Handelsliberalisierung zu bewältigen und die Chancen für ein Exportwachstum wahrzunehmen; räumt ein, dass in Cancún das Entstehen eines neuen Bündnisses von Entwicklungsländern zu beobachten war, das die AKP-Staaten, die Afrikanische Union und die am wenigsten entwickelten Länder, für die diese Frage ein zentrales Problem war, vereint;
9. ist der Auffassung, dass dies die Notwendigkeit unterstreicht, ein engeres Verhältnis zwischen der WTO und anderen internationalen Organisationen wie z.B. UNDP, IAO, UNEP, den Sekretariaten der multilateralen Umweltübereinkommen und der Weltbank herzustellen; hält dies für einen wichtigen Schritt hin zu einem neuen und nachhaltigeren

Modell der Globalisierung, bei dem internationale Institutionen im Dienste der gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten, die z.B. bei den Millenniumszielen der UNO und den grundlegenden Arbeitsnormen der IAO formuliert wurden;

10. begrüßt nachdrücklich das in Genf erzielte Abkommen über erschwinglichen Zugang zu Arzneimitteln; nimmt allerdings die Bedenken zur Kenntnis, die Regeln, die eigentlich zur Verhinderung von Missbrauch bestimmt sind, könnten die effektive Funktionsweise des Abkommens behindern; fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, eine klare Zusage zur prompten Genehmigung der beantragten erforderlichen Lizenzen zu machen; betont, dass der Zugang zu Medikamenten die Schwierigkeiten, die die Gesundheitssysteme der Entwicklungsländer haben, nur zum Teil löst;
11. bedauert insbesondere, dass es in Cancún nicht gelungen ist, sich auf eine Abschaffung handelsverzerrender Subventionen zu einigen, insbesondere der Subventionen in Höhe von 3,5 Mrd. Dollar, die den US-amerikanischen Baumwollerzeugern gezahlt werden und die die Lebensgrundlage von 10 Millionen afrikanischen Baumwollfarmern bedrohen; begrüßt die Bereitschaft der Union, sich die Baumwollinitiative von Mali, Burkina Faso, dem Tschad und Benin zu Eigen zu machen und fordert die Kommission auf, in enger Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten und anderen Entwicklungsländern Vorschläge für eine baldige Einigung über faire Bedingungen für die Baumwollerzeuger zu unterbreiten sowie die USA zu drängen, darauf möglichst bald mit einer Reform ihres Baumwollsektors zu reagieren;
12. begrüßt die Flexibilität der EU-Unterhändler, die in den Schlüsselfragen Agrarhandel, Investitionen und Wettbewerbsregeln den Positionen der Entwicklungsländer entgegengekommen sind; verweist darauf, dass es in seiner oben genannten Entschließung vom 3. Juli 2003 Zweifel angemeldet hatte, ob unter den WTO-Mitgliedern die notwendige Unterstützung für die Aufnahme der Verhandlungen über die Singapur-Fragen vorhanden ist;
13. unterstreicht die Bedeutung von Handelserleichterungen und Transparenz bei öffentlichen Aufträgen für die Ausweitung des Handels zwischen allen Ländern, insbesondere Entwicklungsländern; unterstützt jedoch auch die Bereitschaft der Kommission, sich in den Verhandlungen flexibel in Bezug auf diese Themen zu zeigen, wenn dies zu einem ausgewogenen Ergebnis führt;
14. verweist darauf, dass sich die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik als richtiger Ausgangspunkt für Gespräche erwiesen hat, und fordert die anderen Hauptakteure, insbesondere die USA, auf, ähnlich ehrgeizige Reformen in die Wege zu leiten;
15. ist davon überzeugt, dass durch die letzte Reform der GAP eine solide Grundlage für eine flexible Verhandlungsposition der Europäischen Union geschaffen wurde; fordert die Kommission auf, ihre geplante Reform der GAP zur Beseitigung von handelsverzerrenden Beihilfen fortzuführen und bald eine Lösung zu finden, durch die der multifunktionale Charakter der Landwirtschaft gewahrt und die Lebensweise und die Beschäftigung in landwirtschaftlichen Gebieten gesichert werden;
16. fordert, dass sich die Verhandlungen weiterhin im Rahmen der Doha-Agenda bewegen und dass die Europäische Union ihre Position zu den geographischen Angaben nachdrücklich verteidigt;

17. ist der Auffassung, dass der Kapazitätsaufbau erweitert werden muss, um die Chancen für die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder, zu verbessern und das Vertrauen wiederherzustellen;
18. begrüßt die Tatsache, dass alle drei Organe in Cancún große Einigkeit in ihrem Auftreten gezeigt haben; äußert seine Befriedigung über die Art und Weise, wie die Kommission die Verhandlungen geführt hat; begrüßt, dass die Kommission das Parlament während der Ministerkonferenz in Cancún umfassend informiert und mit ihm die Verhandlungsstrategie der Europäischen Union diskutiert hat; bedauert jedoch den Status, der den Mitgliedern des Europäischen Parlaments bei der Ministerkonferenz eingeräumt wurde, und fordert, diese Regelung umgehend zu prüfen;
19. nimmt mit Genugtuung die Parlamentarische Konferenz zur WTO zur Kenntnis, die während der Fünften Ministerkonferenz stattfand; verweist darauf, dass 300 Parlamentarier aus der ganzen Welt daran teilgenommen haben und dass von ihnen einstimmig eine Erklärung verabschiedet wurde, in der gefordert wird, die Parlamentarier enger in den WTO-Verhandlungsprozess einzubinden;
20. fordert nach wie vor, die demokratische Rechenschaftspflicht und die Offenheit der WTO zu stärken und eine Parlamentarische Versammlung der WTO zu schaffen;
21. ersucht seinen Präsidenten, eine kleine Reflexionsgruppe innerhalb des Europäischen Parlaments einzusetzen, um die zur Erhaltung des multilateralen Charakters des Welthandelssystems notwendigen WTO-Reformen zu prüfen;
22. verpflichtet sich, Anfang 2004 in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Union eine neue parlamentarische Konferenz über die WTO zu organisieren, um weitere Schritte sowohl in Bezug auf die WTO-Handelsgespräche als auch die Reform der WTO zu erörtern;
23. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer sowie dem Generaldirektor der WTO zu übermitteln.